

Lesehilfe Mythenplakat Sozialstaat

WAS STECKT DAHINTER? Was Sozialstaatskritiker erreichen wollen.

Die Kritik am Sozialstaat ist oft nicht faktenbasiert, sondern **interessengeleitet**. Wenn behauptet wird, der Sozialstaat sei zu teuer, steckt dahinter meist das Ziel, **staatliche Leistungen zu reduzieren und privatwirtschaftliche Modelle** zu fördern. Arbeitgeber möchten ihre **Sozialabgaben senken**, Vermögende ihre **Steuerlast minimieren**. Das bedeutet: weniger öffentliche Leistungen, mehr Eigenverantwortung – und damit höhere Kosten für die Beschäftigten und Bürger*innen.

Dadurch wird das **Vertrauen in staatliche Institutionen des Sozialstaats untergraben** und der Sozialstaat wird politisch noch angreifbarer. Denn die Menschen fragen sich, warum sie mit ihren Steuern und Beiträgen einen Sozialstaat mitfinanzieren sollen, der seine grundlegenden Funktionen nicht mehr erfüllt.

Weitere Profiteure dieser Entwicklung sind **private Versicherungsunternehmen**, die mit der Angst vor einem angeblich überlasteten Sozialstaat und zurückgefahrenen sozialstaatlichen Leistungen ihre privaten Vorsorgeangebote – wie in der Krankenversicherung oder der Altersvorsorge – unter die Menschen bringen können.

WAS SIND DIE FAKTEN? Was wirklich stimmt.

Die Aussage „Der Sozialstaat wird immer teurer“ hält einer sachlichen Prüfung nicht stand. Wie alle Waren und Dienstleistungen verteuern sich auch die Leistungen des Sozialstaats im Zuge der Inflation immer weiter. Entscheidend sind daher **nicht die nominalen Ausgaben**, sondern die Frage, wie sich die Kosten **im Verhältnis zur Entwicklung des gesamtgesellschaftlichen Wohlstands** entwickeln. Und da sieht es bei der Entwicklung der Sozialstaatskosten überhaupt nicht dramatisch aus. Seit Jahren sind die Sozialausgaben Deutschlands **im Vergleich zum Wirtschaftswachstum stabil**. Auch im internationalen Vergleich ist Deutschland mit seinem Sozialstaat kein Ausreißer. Hier steht Deutschland bei den Sozialausgaben **nicht an der Spitze**, sondern im oberen Mittelfeld der Europäischen Länder. In vielen Ländern wie Frankreich, Italien und Österreich gibt die öffentliche Hand im Vergleich zum Bruttoinlandsprodukt viel mehr aus. Und sogar in den USA beispielsweise liegt der Anteil am BIP, der für öffentliche und private Ausgaben für Soziales aufgebracht wird, über dem Wert von Deutschland.¹

Fernab jeglicher Vergleichsbetrachtungen: Ein starker Sozialstaat darf etwas kosten, weil er viele Leistungen abdeckt. Mit ihm tragen wir **gesamtgesellschaftlich Risiken wie Krankheit, Alter, Pflegebedürftigkeit oder Kindererziehung** gemeinsam. Ein starker Sozialstaat schützt nicht nur Einzelne, sondern **stabilisiert die gesamte Gesellschaft**. Er sorgt für **soziale Sicherheit, Chancengleichheit, demokratische und wirtschaftliche Stabilität**. Gerade in Krisenzeiten – ob Pandemie, Finanzkrise oder geopolitische Unsicherheit – zeigt sich, wie wichtig ein verlässliches soziales Netz ist. Private Vorsorge hingegen ist **teuer, unsicher und oft intransparent**. Wer sich allein auf den Kapitalmarkt verlassen muss, trägt das volle Risiko – etwa bei Börsencrashes oder Inflation. Zudem sind privat finanzierte Leistungen häufig schlechter zugänglich und weniger solidarisch organisiert. Kurzum: **Ein starker Sozialstaat, von allen für alle, ist immer mehr Wert, als er kostet.**

¹ Dazu mehr in diesem Böckler-Impuls: https://www.boeckler.de/data/Impuls_2024_04_S6-7.pdf

WAS IST DIE LÖSUNG? Wie ein gerechter Sozialstaat funktioniert.

Ein gerechter Sozialstaat braucht eine faire und nachhaltige Finanzierung. Finanzierungsquellen für den Sozialstaat sind im Großen und Ganzen **Steuern und Beiträge**. Über Beiträge zahlen die Versicherten in die Sozialversicherungen ein und erwarten dafür entsprechende Leistungen, wie eine gute Versorgung im Krankheitsfall oder eine auskömmliche Rente. Der Staat beteiligt sich über Steuermitteln an den Sozialversicherungen und dem Sozialstaat, weil viele sozialstaatliche Aufgaben **gesamtgesellschaftliche Bedeutung** haben. Wir brauchen einen **fairen Mix aus höheren Beiträgen und mehr Steuermitteln**, die auch hohe Einkommen und große Vermögen angemessen erfassen, um den Sozialstaat wieder ausreichend finanzieren zu können.

Ein starker Sozialstaat ist eine Investition in die Zukunft. Er schafft soziale Sicherheit, stärkt den gesellschaftlichen Zusammenhalt und ist ein **Fundament für wirtschaftlichen Erfolg**. Daher ist es nicht ausreichend, dass die Schuldenbremse nur für Ausgaben im klassischen Verständnis von Investitionen gelockert werden soll und soziale Ausgaben aus dem laufenden Haushalt finanziert werden sollen. Auch Investitionen in den Sozialstaat rentieren sich, daher gehört die **Schuldenbremse insgesamt abgeschafft oder reformiert**, damit auch notwendige Ausgaben für Bildung, Pflege, Gesundheit und soziale Infrastruktur möglich sind.

Darüber hinaus braucht es **eine solidarische Absicherung für alle**: Eine Erwerbstätigenversicherung für die Rente und eine Bürgerversicherung für Gesundheit und Pflege, in die auch **Selbstständige, Mitglieder freier Berufe, Beamt*innen und Politiker*innen einzahlen**. Das würde die Finanzierung verbreitern und gerechter machen.

Handlungsbedarf besteht aber nicht nur auf der Einnahmeseite. Auch die Ausgaben können an entscheidender Stelle reduziert werden, wenn die **Profitorientierung in zentralen Bereichen gestoppt wird**. Pflege, Gesundheit und Kinderbetreuung dürfen keine Renditeobjekte sein, die nur zugunsten der Anteilseigner*innen privater Konzerne entsprechende Kosten treiben. Stattdessen braucht es **gemeinwohlorientierte Strukturen**, die sich an den Bedürfnissen der Menschen ausrichten – nicht an den Interessen von Aktionären.